

Abg z Nationalrat
DI Dr Wolfgang PIRKLHUBER

DIE GRÜNEN

Der Grüne Klub im Parlament
A-1017 Wien

Telefon (01) 401 10 - 6698
Telefax (01) 401 10 - 6793, 6883
Email: infopool@gruene.at
Web: <http://www.gruene.at>

XXII.GP.-NR
Nr. 91 /PET
2006 -06- 20

Wien, 20. Juni 2006

Sehr geehrter Herr Präsident!

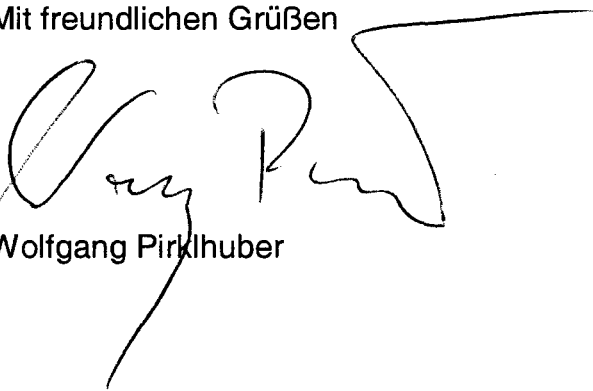
Der unterfertigte Abgeordnete überreicht hiermit im Sinne des § 100 Abs 1 Z 1
GOG des Nationalrates die beigelegte Petition

Ökostrom-Novelle 2006

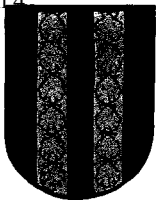
zur weiteren geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.

Diese Resolution wurde vom Gemeinderat der Marktgemeinde Thal am
22. März 2006 beschlossen.

Mit freundlichen Grüßen



Wolfgang Pirkhuber

**MARKTGEMEINDE THAL**

Bezirk Graz-Umgebung

8051 Thal-Kirchberg 2

Telefon (0316) 58 34 83 * Fax (0316) 57 43 60

E-mail: gde@thal.steiermark.at

Träger des Umweltschutzpreises des Landes Steiermark

Titl.

Der Grüne Klub

zH Hrn. Dipl.-Ing. Dr. Wolfgang Pirkhuber

Abgeordneter zum Nationalrat

Dr.-Karl-Renner-Ring 3

1017 Wien

Datum: 15.5.2006
GZ.: 004/1-2001/1
Bearbeiter: Bgm. U/Le

Ökostrom-Novelle 2006

Sehr geehrter Herr Dipl.-Ing. Dr. Pirkhuber,

der Gemeinderat der Klimabündnis Gemeinde Thal fordert, nach einem einstimmigen Beschluss in der Gemeinderatssitzung vom 22.3.2006, die Abgeordneten des Nationalrates auf, die geplante Ökostrom-Novelle in der Fassung, die im November 2005 im Wirtschaftsausschuss beschlossen wurde, nicht zu beschließen. Stattdessen sollen der Bund mit den Ländern Neuverhandlungen auf Basis der Eckpfeiler des Deutschen Energiebaren Energiegesetzes (Standortsicherung durch Deckelung der Zuschläge, Ausbauboom durch 20jährige Tarifgarantie und degressive Zuschläge) starten.

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Thal ersucht Sie diese Resolution als Petition (gemäß § 100 Abs. 1 GOG-NR) in den Nationalrat einzubringen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Der Bürgermeister:

(Peter Urdl)

Beilagen:

Auszug aus dem GR-Sitzungsprotokoll vom 22.3.2006

AUSZUG AUS DEM GEMEINDERATSSITZUNGSPROTOKOLL VOM 22.3.2006

20. Resolution an die Abgeordneten des Nationalrates betreffend Ökostrom-Novelle 2006

GK Sölkner berichtet:

Mit dem Beitritt zum Klimabündnis hat sich unsere Gemeinde u.a. verpflichtet, die CO₂-Emissionen durch gezielte Maßnahmen bei der Raumplanung, bei Gebäuden sowie bei Industrie und Gewerbe zu verringern und den Einsatz von erneuerbaren Energieträgern (Sonne, Biomasse, Biogas, Wind) zu verstärken. In Konkretion dieser Verpflichtung hat der Gemeinderat am 14.12.2005 darüber hinaus den Beschluss gefasst, das Ziel der kommunalen Energieautarkie anzustreben.

Die geplante Ökostrom-Novelle droht nun unsere Klimaschutz-Bemühungen auf Gemeindeebene zu konterkarieren.

Der Gemeinderat möge daher beschließen:

Der Gemeinderat der Klimabündnis-Gemeinde Thal fordert die Abgeordneten des Nationalrates auf, die geplante Ökostrom-Novelle in der Fassung, die im November 2005 im Wirtschaftsausschuss beschlossen wurde, nicht zu beschließen.

Stattdessen sollen der Bund mit den Ländern Neuverhandlungen auf Basis der Eckpfeiler des Deutschen Erneuerbaren Energiegesetzes (Standortsicherung durch Deckelung der Zuschläge, Ausbauboom durch 20jährige Tarifgarantie und degressive Zuschläge) starten.

Der Gemeinderat ersucht die oberösterreichischen Abgeordneten des Nationalrates diese Resolution als Petition (gemäß § 100 Abs. 1 GOG-NR) in den Nationalrat einzubringen.

Begründung:

In letzter Zeit wurde uns die sich abzeichnende globale Energiekrise deutlich vor Augen geführt:

- Verdreifachung des Erdölpreises in den letzten beiden Jahren
- Exorbitante Preissteigerungen bei Strom
- Streit ums Erdgas

Die internationale Abhängigkeit von Öl und Atom trifft jede/n Einzelne/n von uns; mit zum Teil dramatischen sozialen Auswirkungen, wenn Heizen plötzlich zum Luxus wird.

Die Lehren aus dieser globalen Energiekrise sind eindeutig: Raus aus teurem, gefährlichem und umweltverschmutzendem Öl, Gas und Atom und hinein in eine saubere, sichere und leistbare Öko-Energieversorgung.

Die geplante Ökostrom-Novelle geht in die völlig falsche Richtung. Das Ökostrom-Fördervolumen würde auf 17. Mio. Euro/Jahr heruntergekürzt. Das bedeutet in der Folge:

- Minus 80 % bei Ökostromanlagen (bei Wind sogar eine de-facto-Kürzung von 90 %)
- Völlige Unberechenbarkeit bei der Fördervergabe nach dem Prinzip „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“.

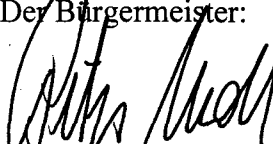
- 2 -

Weitere drastische Auswirkungen sind zu befürchten:

- Verlust von Tausenden Arbeitsplätzen in einer zukunftsweisenden Branche. Die Ökostrom-Branche hat in den letzten Jahren einen wahren Boom erlebt. Angesichts von steigenden Rohstoffpreisen liegt dort ein ungeheures Wachstumspotenzial.
- höhere Abhängigkeit von Atomstrom und fossilen Energieträgern. Je weniger Ökostrom produziert wird, umso mehr muss auf Atomstrom zurückgegriffen werden.
- Debakel für Klimaschutz: Laut Kyoto-Ziel müsste Österreich heute bei einer Einsparung von 8,5 Prozent liegen, hat aber bereits einen Zuwachs von fast 17 Prozent zu verzeichnen. Österreich liegt damit jetzt schon unter den Schlusslichtern der EU. Das wird sich weiter verschlechtern.

Beschluss: Der Antrag von GK Sölkner wird **einstimmig angenommen.**

F.d.R.d.A.:
Der Bürgermeister:


(Peter Urdl)

